

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um Veröffentlichung nachstehender Pressemitteilung:

WGV: SPD will sorgfältige Prüfung

Wir sind erstaunt, wie einige Mitglieder des Rates der Stadt Grevenbroich mit der in § 30 GO definierten Verschwiegenheitspflicht umgehen. Dort steht eindeutig geschrieben, dass " der zu ehrenamtlicher Tätigkeit oder in ein Ehrenamt Berufene, auch nach Beendigung seiner Tätigkeit, über die ihm dabei bekanntgewordenen Angelegenheiten, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich, besonders vorgeschrieben, vom Rat beschlossen oder vom Bürgermeister angeordnet ist, Verschwiegenheit zu wahren hat".

Zunächst durften wir erleben, dass sich Herr Gand, CDU im Vorfeld der Sitzung mit seinem internen Wissen aus Aufsichtsratssitzungen der SEG öffentlich positionierte, nun zieht die SPD gleich und gibt Inhalte eines Gutachtens der Beratungsfirma Krups Consulting zum Thema "Umstrukturierung der WGV" preis, welches durch die SEG in Auftrag gegeben wurde. Wir sind der Auffassung, dass hier eine Pflichtverletzung der in der Presse zitierten Ratsmitglieder vorliegt. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass das Thema WGV durchaus von öffentlichem Interesse ist und die Bürger umfassend informiert werden müssen. Wenn aber die Bürgermeisterin von ihrem Recht Gebrauch macht, zu einer nichtöffentlichen Sitzung einzuladen, haben sich auch alle an ihre Verschwiegenheitsverpflichtung zu halten.

Wenig erfreulich sind zudem die leichtfertigen Aussagen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Kaiser zu Personalangelegenheiten. Da ist die Rede von 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei einer Rekommunalisierung dem städtischen Stellenplan zugeführt werden müssten. Die Stadt ist vertraglich in der Pflicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzunehmen, dies öffentlich in Frage zu stellen und über eine "Auslagerung" in eine neu zu gründende Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR) zu spekulieren, verunsichert und demotiviert die Belegschaft ohne Not. Wir reden über Menschen und deren Zukunft, ein gebotenes Maß an Rücksichtnahme kann man hier wohl zu erwarten. Ganz abgesehen davon hat Herr Kaiser bei seinen Betrachtungen offenbar vergessen, dass die Stellenpläne der Beteiligungsgesellschaften, auch einer zukünftigen Anstalt öffentlichen Rechts spätestens dann für Grevenbroich ergebnisrelevant werden, wenn die Verwaltung ihrer längst überfälligen Verpflichtung nach Erstellung eines Gesamtabschlusses einschließlich der Beteiligungsberichte nachkommt.

Abenteuerlich ist zudem die Aussage des SPD-Chefs Rinkert in Bezug auf den Mitbestimmungswunsch des designierten Bürgermeisterkandidaten Klaus Krützen über die Zukunft der WGV. Diese Aussage lässt erahnen, dass es bis zum Herbst diesen Jahres keine klaren und verlässlichen Positionen der SPD geben wird, denn Krützen kann und darf an Diskussionen auf Grundlage von vorhandenen Gutachten, Daten und Zahlenmaterial nicht beteiligt werden.

Krützen hat sich bei der Kommunalwahl 2014 gegen die Arbeit im Rat der Stadt, also gegen Grevenbroich entschieden und ist nicht wieder für den Rat der Stadt angetreten. Vielmehr hat er ein Kreistagsmandat angestrebt und hatte schon zuvor seine Position als stellvertretender Fraktionsvorsitzender aufgegeben.

Der designierte SPD-Bürgermeisterkandidat ist nicht mehr Mitglied des Rates und der Gesellschafterversammlung der SEG und darf deshalb keinerlei Einblick in aktuelle Zahlen erhalten. Dem zu Folge ist zu befürchten, dass die SPD eine Entscheidung bis nach den Bürgermeisterwahlen herauszögern will.

Selbstverständlich muss gründlich und verantwortungsvoll geprüft und nach der besten Lösung für die Stadt gesucht werden. Wir gehen davon aus, dass alle Fraktionen im Rat und der fraktionslose Ratsherr Bovermann sich ihrer Verantwortung bewusst sind und mit dem geboten Mass an Sorgfalt, vorgehen werden. Gravierende Fehler, die vor Jahren durch die Privatisierung des Baubetriebshofes gemacht wurden, dürfen sich nun bei einer Neuaufstellung nicht wiederholen.


Eine Verzögerung der Entscheidung, weil man hofft, nach dem 13.September einen eigenen Bürgermeister stellen zu können, der dann " mitbestimmen" will, ist allerdings nicht zu akzeptieren.

Besten Dank für Ihre Mühe !

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Wiedenhöfer
Vorsitzender



Martina Suermann
stellv. Vorsitzende